

Causa Drasenhofen

Forderungen an die Landesregierung/ Petition für Rechtsstaatlichkeit



mit NEOS-Landessprecherin Indra Collini, 3. Dezember 2018

Die schwarz-blaue Regierung und die NÖ-Landesregierung befinden sich auf Kollisionskurs mit dem österreichischen Rechtssystem. Nach der dubiosen Hausdurchsuchung im BVT unter Federführung der FPÖ, sorgt LR Gottfried Waldhäusl mit den Vorgängen in Drasenhofen für den nächsten Skandal. In diesem Fall sind hoheitliche Aufgaben von Privatpersonen übernommen und Jugendliche ihrer Grund- und Freiheitsrechte beraubt worden. Da weder die ÖVP noch die Landeshauptfrau (LHF) oder die SPÖ diesen Entwicklungen ausreichend entgegengetreten, sind wir Bürger_innen gefordert. Die Zeit des Wartens und Prüfens ist vorbei – jetzt braucht es Rechtsstaatlichkeit statt rechtspopulistischer Willkür. NEOS präsentieren dazu u.a. eine Petition.

DIE ASPEKTE DER CAUSA DRASENHOFEN

● **Waldhäusl ist als Landesrat für Asyl und Integration nicht länger tragbar**

LR Waldhäusl hat sich bislang nicht mit Lösungen im Asylbereich ausgezeichnet und den Integrationsbereich gänzlich missachtet. Stattdessen bringt er in Drasenhofen das Fass zum Überlaufen und zeigt damit, dass er für das Amt ungeeignet ist. Seit Jahren werden zukunftsentscheidende Gesellschaftsthemen von der FPÖ missbraucht – warum die LHF dem FPÖ-Politiker dennoch das Amt überlassen hat, ist nicht nachvollziehbar.

● **Das Miteinander der Landeshauptfrau zerfällt in seine Einzelteile**

Das Proporzsystem – also die Vergabe von Ämtern gemessen am Wahlergebnis – ist ein Auslaufmodell, da jene miteinander arbeiten müssen, die nicht miteinander arbeiten wollen. Daran kann auch das viel zitierte Miteinander der LHF nichts ändern. In dieser Zwangsehe gibt es keine Gewinner und offenbar auch niemanden, der dem rechtsstaatlich schwer bedenklichen Treiben des LR Paroli bieten kann. Die ÖVP der LHF lässt es ungehindert zu, die SPÖ des LHF-Stv. duckt sich weg. Wer aber untätig zuschaut, wie Menschen gegeneinander ausgespielt und Gesetze missachtet werden, ist mitverantwortlich.

● **Die ÖVP hat die Kontrolle verloren**

Die Landesregierung ist noch kein Jahr alt, schon steckt sie in einer veritablen Regierungskrise. Zukunftsthemen wie Bildung, Digitalisierung, Kinderbetreuung oder Pflege werden vernachlässigt. Und auch die Stimmung im Bundesland leidet, wenn – von der Landesspitze ausgehend – das Trennende bewusst vor das Gemeinsame gestellt wird.

● **Die Beamtenschaft der Regierung in der Zwickmühle**

Unklar in der Causa Drasenhofen ist die Rolle der Beamt_innenschaft. Bei den rechtlichen Grenzgängen im Asyl- und Integrationsressort wird sie nicht nur zu Mitwissern, sondern

schlimmstenfalls auch zur Mittäterin gemacht. Nimmt die LHF bewusst in Kauf, dass Landesbeamt_innen in eine Zwickmühle getrieben werden?

● **Außen hui, innen pfui**

Laut Jugendanwaltschaft gibt es außer notdürftig zusammengebaute Betten kaum Einrichtungsgegenstände, schlechte hygienische Zustände, kein pädagogisches Konzept. Ebenfalls aufklärungswürdig: Die Beauftragung privater Sicherheitsfirmen aus dem FPÖ-Umfeld. Niemand weiß, woher die Kontakte stammen und was sie qualifiziert. So ist in Drasenhofen eine ehem. Tischlerei für Sicherheitsaufgaben engagiert worden.

DIE FORDERUNGEN

1. **Haltung statt Spaltung:** LR Waldhäusel wird aufgefordert, seinen Regierungssitz zurückzulegen. Sein Wirken beschädigt nicht zum ersten Mal den Ruf und den Zusammenhalt in Niederösterreich. Via Petition wollen wir einen gesellschaftlichen Schulterschluss erreichen.
2. **Rechtsstaatlichkeit statt Rechtspopulismus:** Die LHF wird aufgefordert, die Ressorts neu zu verteilen, sodass der sensible Migrationsbereich verantwortungsvoll und rechtsstaatlich einwandfrei wahrgenommen wird.
3. **Klare Aufgabenverteilung statt Kompetenz-Wirr-Warr:** LR Ulrike Königsberger-Ludwig hat die Aufgabenverteilung im Asylbereich als NÖ-Spezifika bezeichnet – und Recht damit. Betreuung und Unterbringung von Minderjährigen sind eng miteinander verzahnt und daher in einem Ressort anzusiedeln.
4. **Lösungen statt Hetze:** Die LHF wird aufgefordert, einen offenen, überparteilichen Dialog mit Kräften aus Politik, Zivilgesellschaft, Kultur und Kirche zu starten, um wieder ein gemeinsames Bild vom Zusammenleben in NÖ zu zeichnen.

DIE MASSNAHMEN

● **Petition**

NEOS Niederösterreich startet eine Unterschriftenaktion mit dem Ziel, Asyl und Integration „rechtsstaatlich und nicht rechtspopulistisch“ zu gestalten und den gemeinsamen gesellschaftlichen Grundkonsens in NÖ wiederherzustellen. Die Petition kann unter https://mischdich-ein.neos.eu/pro_rechtsstaat unterzeichnet werden.

● **Sachverhaltsdarstellung**

Freiheitsentzug, Amtsanmaßung bzw. Amtsmissbrauch – in der Causa Drasenhofen hat sich ein Landesrat selbst zum Richter über unbegleitete Minderjährige ernannt. Diese Vorwürfe müssen durch die Staatsanwaltschaft überprüft werden.

● **Anfragen**

NEOS NÖ verlangt umfassende Aufklärung: Neben inhaltlichen Fragen zur Causa selbst, sind auch die Kosten für die Aktion sowie die dubiosen Beauftragungen und die Qualifikation der Sicherheitsfirmen zu überprüfen.